

nicht machen. Dennoch ist manchmal auch das Kleine bezeichnend für das Große.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sah vor, die Zuschüsse der Film- und Medienstiftung um 1 Million € zu kürzen, und das, obwohl die FMS in den vergangenen Jahren im Bereich der Förderung der neuen Medien neue zusätzliche Aufgaben übernommen hatte. Immer mehr Aufgaben bei immer weniger Geld – das kann nicht funktionieren. Deswegen kamen Sie auch nicht darum herum, die geplante Streichung zumindest teilweise wieder zurückzunehmen. Der von Rot-Grün eingebrachte Haushaltsänderungsantrag, der zusätzliche 750.000 € ausweist, trägt dem offenbar Rechnung.

Aber wie Sie das Zurückrudern als großartigen Erfolg verkaufen wollen, ist schon ein starkes Stück. Sie schreiben dazu wohlklingend in Ihrer Begründung – ich zitiere –: Die Förderung der Film- und Medienstiftung NRW GmbH soll daher für 2015 verstärkt werden. – Dieses Schönreden ist bezeichnend für das, was Sie uns hier insgesamt vorlegen. Wenn man zuerst 1 Million € streicht und hinterher 750.000 € wieder drauflegt, macht das nach Adam Riese eine Kürzung von 250.000 €. Wo ist da bitte die Verstärkung der Förderung?

(Beifall von den PIRATEN)

Hier kommt – widewidewitt und drei macht neune – eine Erhöhung raus. Sie wollen die Menschen mit Luftarithmetik beeindrucken oder statt mit Pippi Langstrumpf vielleicht mehr mit Archimedes, der meinte: „Es gibt Dinge, die den meisten Menschen unglaublich erscheinen, die nicht Mathematik studiert haben.“

Im Bereich der Förderung neuer Medien und der Kreativwirtschaft möchte ich ein weiteres Thema ansprechen, das bei der Beratung des Wirtschaftshaushaltes heute noch einmal eine Rolle spielen wird. Der größte Teil der Förderung der Kreativ- und Medienlandschaft NRW läuft nämlich nicht über den Medienhaushalt, sondern wird aus den europäischen EFRE-Mitteln bestritten, demnächst also aus dem frisch aufgelegten Programm des Leitmarktwettbewerbs „CreateMedia.NRW“. Mit diesem Programm sollen kreative Unternehmer bei innovativen, nachhaltigen Projekten unterstützt werden, um so den Medienstandort NRW perspektivisch zu stärken.

Theoretisch ist das eine schöne Sache, in der Praxis bin ich gespannt, was das Programm tatsächlich bewirken wird. Denn seien wir ehrlich: In den vergangenen Jahren gab es reichlich Kritik an dieser Art von Programmen – nicht an der grundsätzlichen Ausrichtung, sondern an den bürokratischen Hürden, die die Antragsteller überwinden mussten, um überhaupt gefördert zu werden.

Sie, Frau Ministerin Schwall-Düren, haben zugesagt, dass die Förderung in Zukunft einfacher und unbürokratischer ablaufen wird. Daran werden wir

Sie messen. Wir werden sehr genau beobachten, wie die Umsetzung von „CreateMedia.NRW“ in der Praxis in den nächsten Monaten aussehen wird.

Dabei möchte ich es vorerst bewenden lassen. Der Einzelplan 02 in seiner Gesamtheit ist für meine Fraktion nicht zustimmungsfähig. Wir werden ihn ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 02. Gemäß der interfraktionellen Vereinbarung wird die **Abstimmung** zum **Einzelplan 02** nicht jetzt, sondern **nach 14 Uhr** erfolgen. Wir kommen also darauf zurück.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

In Verbindung mit:

Pädagogische Qualität der Offenen Ganztagschule stärken und Angebote bedarfsgerecht ausbauen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7408

Ich darf hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7505 zum Einzelplan 05.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen fallen zusammen mit der Halbzeitbilanz der rot-grünen Landesregierung. Während Frau Ministerin Löhrmann mit der Aneinanderreihung vieler Zahlen Aktivitäten und Handeln belegen will, wird eines jedoch immer deutlicher: Bildungspolitik ist mehr als ein Zahlenpuzzle. Denn was bisher in der Bildungspolitik fehlt, ist eines: klare Zielvorgaben und vor allem klar definierte Standards.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: In welchem Land sind Sie?)

Nach dem Schulkonsens ergeht sich die nordrhein-westfälische Schulpolitik in der Regelung von vielen Details und zeichnet sich eher durch Reaktion als durch Aktion aus.

Nehmen wir das Beispiel Inklusion: Das Ziel muss doch – da sind wir vielleicht gar nicht so auseinander – der Umbau unseres Schulsystems zu einem inklusiven Schulsystem sein, damit – das ist das Wichtige – es allen Kindern auf Dauer besser und zumindest kurzfristig nicht schlechter geht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Inklusion macht doch nur Sinn, wenn es den Kindern nutzt, wenn es den Kindern insgesamt besser geht. Es geht darum, Bildungsqualität für alle zu garantieren. Das ist das Ziel. Davon sind wir weit entfernt.

Die CDU-Landtagsfraktion hat gestern Abend ein Fachgespräch zum Thema „Inklusion“ unter der Überschrift „erste Bilanz“ veranstaltet – mit riesiger Resonanz, mit engagierten Eltern, Lehrern und Schulverwaltungsexperten, parteiunabhängig. – Frau Löhrmann – ich sage es mal sauerländisch –, Ihnen hätten eigentlich die Ohren klingeln müssen; denn das Urteil über die Landesregierung in der Frage der Inklusion war vernichtend, weil Sie bei der Umsetzung kapitale Fehler machen.

(Beifall von der CDU – Ministerin Sylvia Löhrmann: Was ist daran sauerländisch?)

Ein Beispiel: Die zu späte Einigung mit den Kommunen über die Kosten im Hinblick auf die Konnexität hatte genau das zur Folge, was Ihnen die Opposition vorhergesagt hat. Es blieb keine Zeit für eine ordentliche Vorbereitung. Viele Fragen waren und sind weiterhin ungeklärt. Das ist der eigentliche Punkt dabei. Sie einigen sich last minute, verkaufen das als geniale politische Großtat, erzielen durch diese Kurzfristigkeit aber keine nachhaltigen Effekte. Das ist ein zentraler Vorwurf.

(Beifall von der CDU)

Durch Ihr stetes Bestreiten der Konnexität bei der Inklusionsfrage haben Sie den Start stark behindert. Statt Aufbruchstimmung sind die Ängste vor Belastung, vor dem Nichtfertigwerden mit der Situation immer zahlreicher geworden. Auch das wurde gestern bestätigt. Es wird nicht die Chance gesehen, sondern eher die Belastung, und das geht zulasten der rot-grünen Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Wir haben Ihnen immer wieder gesagt, es geht um Gelingensbedingungen. Eine der wesentlichen Gelingensbedingungen war immer eine gute Vorbereitung.

Weiter gilt: Es gibt faktisch keine Wahlfreiheit. Wir haben das immer so formuliert. Es gibt nämlich bis heute keine neutrale und gute Beratung, sodass die Alternative einer Förderschule manchmal gar nicht dargestellt wird. In der Schulwirklichkeit stehen wir vor der Situation, dass all die Förderschulen ums Überleben kämpfen. Der Schwerpunkt der Diskussion bei Eltern, Lehrern und bei Schulverwaltungen

hat sich auf organisatorische Überlegungen verlagert. Eigentlich müsste in einem solch engagierten Reformprozess die erste Überlegung sein: Wie kann man jedem Kind gerecht werden, das auf diesem Weg geht? – Das jedoch findet nicht statt.

(Beifall von der CDU)

Die häufig wiederholte Formel, die Landesregierung schließe keine Förderschulen, klingt für die Betroffenen zynisch, weil die Schulträger durch die Gültigkeit der Mindestgrößenverordnung gezwungen sind zu handeln. Wir haben eben Schließungen aufgrund des veränderten Rechts auf Landesebene. Das ist das, was die Stimmungslage im Bereich Inklusion schwierig macht. Ich habe eher die Sorge – ich würde es sehr bedauern, wenn es so käme –, dass Inklusion vor einem Rollback steht, statt dass es diesbezüglich eine Aufbruchstimmung gibt. Da wird also eine Chance vertan, was sehr bedauerlich ist.

(Beifall von der CDU)

Nicht nur ich habe Zweifel, ob ein Kind mit Handicaps aus bildungsungewohnter Familie richtig ist an einem Gymnasium, das schlecht oder gar nicht auf diese Situation vorbereitet ist. Ich glaube eher, dass das Gegenteil eintreten wird.

Deshalb verwundert auch nicht, dass die GEW – die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist ja bekanntermaßen nicht der Thinktank der Christlich-Demokratischen Union in Nordrhein-Westfalen, sondern sie ist politisch doch eher bei der Landesregierung anzusiedeln – davon spricht, dass die Halbzeitbilanz schlecht ist, dass sie enttäuschend ist, dass NRW mehr in Bildung investieren muss. Die Vorsitzende, Frau Schäfer, sagte: Wir sind mit den aktuellen Ergebnissen insgesamt nicht zufrieden.

Ein Punkt wird herausgegriffen, den wir als CDU genauso sehen: Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder und Jugendlichen vom Elternhaus sei weiterhin unakzeptabel stark. Einfach gesagt: Immer noch hängt der Bildungserfolg zu sehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Genau da liegt doch das Problem. Die Formel „kein Kind zurücklassen“ ist vor dem Hintergrund dieser realen Regierungspolitik eine Leerformel.

Insgesamt gilt: Rot-Grün lässt manches Kind und manches Kind mehr im Stich. Das ist die Bilanz Ihrer zweieinhalb Jahre Regierungszeit seit den Neuwahlen.

Seitens der CDU ist die strategische Zielsetzung: Aufstieg durch Bildung. Der Aufstieg durch Bildung, gerade für Leute aus nichtakademischen Haushalten, kann nur durch Qualität und durch Leistung erfolgen.

(Beifall von der CDU)

Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass diese Leistung möglich ist. Da hat die GEW völlig recht: Das gelingt nicht. Man sieht, dass das nicht da ist. Das wird auch nicht allein durch den Schulkonsens erreicht, sondern durch eine entsprechende Umsetzung.

Nehmen wir die Schulsozialarbeiter. Das ist die gleiche Nummer wie im Bereich der Inklusion, der Konnexität. Die Schulsozialarbeiter sind auch wieder last minute gerettet worden. Große Schlagzeile, große Einigung, großer Erfolg, großes Selbstlob.

(Zuruf von der SPD: Nur kein Neid!)

Aber was heißt das praktisch? Praktisch ist doch dadurch, dass Sie monatelang in der Frage stur geblieben sind, keine Lösung angedeutet haben, keine Offenheit gezeigt haben, sondern nur Berlin beschimpft haben, Folgendes passiert: Die besten Sozialarbeiter haben sich inzwischen andere Jobs gesucht.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Die sind nicht mehr da. Wenn Sie für Bildungsgewohnte mehr Chancen schaffen wollen, dann brauchen Sie aber Kontinuität bei den Sozialarbeitern und Zuverlässigkeit bei den Ansprechpartnern. Genau das wird nicht stattfinden. Ihre Lösung wird zu mehr Fluktuation und zu weniger Kontinuität und damit auch zu weniger Qualität in der Frage führen.

(Beifall von der CDU)

Denn eines ist ganz klar: Das ist ein Durchstiegsjob für Berufseinsteiger, weil Sie nur für drei Jahre eine Garantie geben. Wir hatten einen Vorschlag gemacht. Da die BAföG-Mittel beim Land bleiben, weil der Bund die BAföG-Förderung komplett übernimmt, haben wir gesagt, dadurch ergibt sich ein Budget von 100 Millionen €, um die Sozialarbeiter auf Landesebene langfristig und dauerhaft zu beschäftigen. Auf diesen Vorschlag sind Sie nicht eingegangen. Aber der hätte für mehr Qualität in der Frage gesorgt.

(Beifall von der CDU)

Diese Maßnahme, Frau Löhrmann, hätte auch dafür gesorgt, dass mehr Qualität und bessere Aufstiegschancen für Leute aus schwierigeren Elternhäusern geschaffen worden wären. Genau das Gegenteil machen Sie. Deshalb gilt, dass Sie da nicht entsprechend weiterkommen.

Wenn wir uns ferner anschauen, wie man mit weniger gut Betuchten umgeht, so hat die Studie von Frau Bellenberg, die auch die Studie für die GEW gemacht hat, zum Unterrichtsausfall folgendes Ergebnis erbracht, das, glaube ich, unstrittig ist: Unterrichtsausfall hindert vor allem die Kinder am Schulerfolg, die aus bildungsgewohnten Familien kommen; denn die Mittelschicht organisiert notfalls Nachhilfe. Deshalb ist der Fokus auf den Unter-

richtsausfall oder auf den erteilten Unterricht so fundamental für den Aufstieg durch Bildung.

Wir haben immer wieder Zahlen angefordert, nicht weil wir als Opposition Spaß an irgendwelchen Statistiken haben, sondern weil wir verlässliche Informationen brauchen, um eine Gegenstrategie aufbauen und sagen zu können: Wie können wir garantieren, dass Unterricht stattfindet? Deshalb muss erst einmal über die Ursachen geredet werden, darüber, warum Unterricht ausfällt. Dazu hat es die Studie gegeben. Dazu hat es das Fachgespräch gegeben, aber es hat null Handeln der Landesregierung gegeben.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Klaus Kaiser (CDU): Dies ist ein weiterer Fall, der zeigt, dass Sie durch Detailregelungen und durch Nichthandeln dafür sorgen, dass das eigentliche Ziel, mehr Aufstieg durch Bildung, in Nordrhein-Westfalen so schlecht umgesetzt wird. Wir lehnen deshalb den Haushalt ab. Der Überweisung des Antrags der Piraten stimmen wir zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaiser, das war jetzt wirklich keine brillante Leistung, die Sie gerade abgeliefert haben.

(Werner Jostmeier [CDU]: Doch, es war die Wahrheit!)

– Es war keine brillante Leistung. – Und auch wenn Sie uns glauben machen wollen, Herr Kaiser, dass es den Kindern in Nordrhein-Westfalen schlecht geht und wir eine miserable Bildungspolitik betreiben, kann ich Ihnen nur versichern: Das stimmt nicht!

Denn diese Landesregierung lässt alle demografischen Gewinne im System, und damit verteilen sich die staatlichen Ressourcen, Herr Kaiser, liebe CDU, für die Schulausbildung auf weniger Köpfe. Pro Schüler gibt es damit mehr Geld und damit mehr Lehrer. Genau das haben wir in Nordrhein-Westfalen gemacht. Dies und eine leichte Ausgabensteigerung haben dazu geführt, dass die Bildungsausgaben in NRW beständig steigen; das Land gibt mehr – das ist heute schon einmal gesagt worden – als jeden dritten Euro in diesem Land für

Bildung aus, und 25 % davon alleine für die Schulen.

Übrigens, ein aktueller Vergleich mit anderen Bundesländern würde heute auch anders ausfallen, als der, den wir im Monitoring von Ihnen vorgelegt bekommen haben, weil Bildungsinvestitionen in anderen Bundesländern zurzeit rückläufig sind, bei uns aber nicht.

Herr Kaiser, Halbzeitbilanzen der GEW eignen sich für Sie ganz besonders schlecht, um sie uns vorzuhalten, wenn man feststellt, dass viele Zahlen dieser Halbzeitbilanzen ausgerechnet noch auf Ihre Regierungszeit zurückzuführen sind.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Deshalb ist es aus meiner Sicht auch notwendig, dass man sich das genau ansieht und keine generelle Beschimpfung einer Landesregierung vornimmt. Ich muss auch sagen, dass ich an diesem Punkt etwas sauer bin über die Zahlen der GEW, die aus meiner Sicht nicht seriös erhoben wurden. Interessant ist ja auch, dass Sie, Herr Kaiser, am Nachmittag, als die Opposition die Möglichkeit hatte, sich über das Ergebnis mit uns gemeinsam auszutauschen, gar nicht erst aufgetaucht ist. Sie haben noch nicht einmal mit uns diskutiert.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Geld und Lehrer sind jedoch nicht alles, was das Bildungssystem braucht. Es braucht noch systematische Veränderungen. Die Wirkungen dieses kontinuierlichen Prozesses lassen sich nach fünf Jahren noch nicht eindeutig nachweisen, sondern werden erst sukzessive sichtbar. Dennoch ist der Ansatz an der präventiven Bildungspolitik für uns der richtige Weg. Nur über einen systematischen Bildungsansatz können wir übrigens Bildungsarmut in unserem Land überwinden, und genau das ist unser Ziel, Herr Kaiser.

Deshalb ist es, wenn Herr Laschet bei der Einbringung des Haushalts in seiner Rede so deutlich darauf hinweist, dass wir die Bildungsarmut nicht haben aufheben können, ein reiner Showeffekt, der da hinterlegt ist, sich aber nicht valide ableiten lässt. Wenn er uns dann gleichzeitig Schönreden vorwirft, dann ist auch dieses das, was die CDU gerne in Haushaltsreden tut.

Tatsache ist aber: Wir unterstützen die Kommunen, wir bauen die frühe Förderung aus, wir vernetzen und begleiten die Familienarbeit, wir bauen die Weiterbildung aus und fördern die Bildungsaspiration in Nordrhein-Westfalen. Damit werden die Bildungschancen unserer Kinder in der Tat besser. Zahlen von vor zwei oder drei Jahren beschreiben nicht die aktuelle Situation.

Deshalb hier einmal aktuelle Zahlen: Die Schulabbrecherquote ist in der Zeit zwischen 2010 und 2012 von 5,5 % auf 5 % zurückgegangen. 2013 beträgt sie nur noch 4,4 %, und 79 % aller Jugendli-

chen in Nordrhein-Westfalen werden in der Zwischenzeit zum mittleren Abschluss geführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Politik im Hauruckverfahren. Das müssten Sie spätestens auch aus der problematischen Einführung von G8 gelernt haben, dass das Hauruckverfahren nicht trägt. Wir leiden heute noch an den Spätfolgen der G8-Einführung.

(Beifall von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Was trägt in Nordrhein-Westfalen, ist der Schulkonsens. Darüber freuen wir uns und hoffen, dass wir an dieser pragmatischen und entideologisierten Debatte weiter festhalten können, weil es am Ende für unsere Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen der richtige Weg ist.

Die Bildungskonferenz hat gerade in der letzten Woche getagt. Man hat die Nachsteuerungsbedarfe einvernehmlich miteinander identifiziert und Empfehlungen auch im Konsens auf den Weg gebracht.

Was ist nach dem Schulkonsens passiert? – Das unterlegen wir zurzeit ja auch mit Stellen: Die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens wachsen auf, die Kommunen sind in der Lage, zukunftsfeste Bildungssysteme vor Ort zu gestalten, und der Haushalt von Nordrhein-Westfalen weist alleine im kommenden Jahr weitere 400 Stellen aus, um genau dieses Aufwachsen von Schulen des längeren gemeinsamen Lernens umzusetzen.

Wir freuen uns übrigens auch, Herr Kaiser – das richte ich ganz bewusst an Ihre Adresse, weil Sie sich eben so vehement zum Thema „Sonderpädagogische Förderung spricht für Inklusion“ ausgelassen haben –, dass ein Viertel aller neuen Schulen jetzt mit der sonderpädagogischen Förderung angefangen haben. Das ist meines Erachtens ein Erfolg, der deutlich macht, dass Inklusion, insbesondere auch von den integrativen Schulen, gelebt wird.

Wir haben vereinbart, 550 Stellen zur Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes in den Grundschulen von 23 auf 22,5 zu schaffen. Das wird im Haushalt umgesetzt. Das ist dann die letzte Tranche, die wir da verabredet haben. Das ist der Endausbau der Grundschulen, das ist auch eine Folge des gemeinsam vereinbarten Schulkonsenses. Das führt aber auch, anders als von Ihnen bereits in der Öffentlichkeit propagiert, dazu, dass wir die Schüler-Lehrer-Relation in der Grundschule jetzt senken werden. Damit vollziehen wir, nachdem wir erst die Klassen verkleinert haben, jetzt die Veränderung der Schüler-Lehrer-Relation. Erst muss man die Maßnahme einleiten und umsetzen, dann kann man die Schüler-Lehrer-Relation senken.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das stand bei der GEW auch noch nicht!)

Im Endausbau haben wir dann 1.700 Stellen durch demografische Gewinne in die Verbesserung der Lernsituation in der Grundschule gesteckt. Gleich-

ermaßen setzen wir das bei den Sekundarstufen-I-Schulen fort. Dort wird der Klassenfrequenzrichtwert im kommenden Jahr, zum zweiten Mal, und zwar für die dann zukünftige 5. Klasse gesenkt, bei der 6. Klasse ist es schon vollzogen. Damit bauen wir hier sukzessive das langsame Absenken der Klassenstärke auf. Und auch im kommenden Jahr werden wieder 250 Stellen im Haushalt dafür veranschlagt.

Heute Morgen haben wir schon sehr viel über das Thema „Schulsozialarbeit“ gesprochen, was eigentlich „Sozialarbeit an Schulen“ heißt. Das muss man meines Erachtens sehr deutlich differenzieren. Mit der Begrifflichkeit hatte die CDU heftige Probleme. Denn immer wieder hat sie uns dieses Thema auch im Schulausschuss offeriert, obwohl es dort eigentlich gar nicht hingehört. Es gehört ganz eindeutig in den Sozialetat hinein. Dennoch sind wir froh, dass wir jetzt vorübergehend für drei Jahre, mit der Perspektive, dass es eigentlich an den Bund adressiert ist, die Sozialarbeit an Schulen sichern können.

Meine Damen und Herren von der CDU, das sage ich Ihnen jetzt auch ganz deutlich: Wir hätten immer wieder erwartet, dass Sie uns auch auf bundespolitischer Ebene unterstützt hätten,

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD] und Sigrud Beer [GRÜNE])

die Sozialarbeit in Schulen zu sichern.

Stattdessen haben Sie uns etwas von BAföG-Mitteln erzählt, obwohl das nie Bestandteil der BAföG-Mittel gewesen ist. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass die Sozialarbeit an Schulen aus BuT-Mitteln zu sichern ist und von vornherein genau in diesen Bereich gehört hätte und nie irgendwo anders hin.

Ich habe mich heute Morgen gefreut, weil alle Redner, die heute Morgen zum Haushalt geredet haben, sich auf einmal für Schule eingesetzt haben. Dazu gehört auch der Antrag zu den OGS. Ich freue mich, dass es uns jetzt gelungen ist, bei den OGS in der Tat eine Verbesserung herbeizuführen. Wir haben fast 3.000 offene Ganztagschulen in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen diese systematisch weiter unterstützen. Deshalb beabsichtigen wir, die Förderung der OGS in zwei Schritten zu erhöhen. Das sage ich ausdrücklich in die Richtung der Piraten, die einen Antrag vorgelegt haben, den wir sicherlich im Schulausschuss weiter beraten werden.

Damit kommen wir den rot-grünen Verabredungen zu den OGS nach, auch den Wünschen der Träger, die sich an uns gewandt haben und mit denen wir übrigens seit Monaten im Gespräch sind. Es ist ja nicht so, als wenn das Thema durch irgendeinen Antrag bei uns jetzt erst sichtbar wird. Wir haben seit Monaten Gespräche geführt und wissen auch um die Situation in den OGS.

Mit der langfristigen und verlässlichen Erhöhung durch kontinuierliche Anstiege der Fördersatzes von 1,5 % tun wir das, was wir auch bereits im KiBiz getan haben: Insgesamt wird das im Haushalt mit 6,6 Millionen € veranschlagt werden. Zusätzlich dazu werden die OGS-Plätze insgesamt um 17.500 Plätze aufgestockt, sodass wir am Ende 280.000 Plätze in Nordrhein-Westfalen anbieten können.

Meine Damen und Herren, auch das Thema Flüchtlingskinder haben wir nach dem Flüchtlingsgipfel aktiv aufgegriffen. Wir werden dort 300 neue Lehrerstellen schaffen, um auch hier die notwendige Unterstützung durch Lehrer sicherzustellen. Sie sehen, in Nordrhein-Westfalen investieren wir weiter in Bildung. Bildung ist der Schlüsselsektor für unsere Zukunft. Wenn Sie, liebe Kollegen von der Opposition, das nicht anerkennen können, lassen Sie mich das mit einem Zitat von Konrad Adenauer umschreiben:

„Wir leben alle unter demselben Himmel, aber wir haben nicht alle denselben Horizont.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die FDP-Fraktion erteilte ich Frau Kollegin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hendricks hat es gerade angesprochen. Im letzten Schulausschuss war es Frau Beer, die die Huldigungen bezüglich des Haushaltes eingefordert hat. Aber ich muss Ihnen sagen: Auch heute werden diese Huldigungen meinerseits, auch seitens der FDP-Fraktion ausbleiben,

(Beifall von der FDP und der CDU)

denn dieser Schulhaushalt ist auf der einen Seite zu wenig von den Bedürfnissen aller Kinder her gedacht, und er folgt zu sehr den rot-grünen politischen Zielsetzungen.

Ich möchte gleichwohl mit ein paar positiven Aspekten beginnen. Unerwähnt lassen möchte ich nicht die Absenkung der Klassenrichtwerte und auch die angekündigten 300 neuen Stellen für die Flüchtlingskinder und natürlich auch die Erhöhung der Mittel für den offenen Ganztags an Grundschulen. Bei den Flüchtlingskindern müssen wir jedoch schauen, ob wir mit diesen 300 Stellen auskommen.

In Bezug auf den vorliegenden Antrag der Piraten kann ich nur sagen: Die Piraten nennen viele Probleme, die es tatsächlich im Bereich der OGS gibt. Wir wissen aber auch, dass er dem gegenwärtigen Sachstand tatsächlich so nicht mehr entspricht. Er zeichnet sich aber auch ein Stück weit durch mangelnden Realitätssinn aus.

(Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

Natürlich sind mögliche Elternbeiträge übrigens auch in der Logik im Vergleich zur Sekundarstufe I nichts, was wir uns explizit wünschen. Aber gerade in der jetzigen finanziellen Situation populistisch diese Mittel einfach eins zu eins auf das Land übertragen zu wollen, ist mir dann doch zu wenig, bzw. ich weiß angesichts des Landeshaushalts, dass das in dieser Form so nicht geht. Denn eins muss uns auch klar sein: Diese Elternbeiträge leisten auch einen wichtigen Beitrag zur dringend benötigten Qualität im Bereich der OGS.

Liebe Frau Löhrmann, so erfreulich diese Erhöhungen auch sind: Geld alleine kann präzisere Qualitätsstandards für den Ganzttag, hier gerade im Primarbereich, letztes Endes nicht ersetzen.

(Beifall von der FDP)

Wodurch zeichnet sich dieser Haushaltsentwurf aus? Sie haben ehrlicherweise bereits im Schulausschuss gesagt, dass Ihre Ankündigungen zu den Demografiegewinnen ganz so zutreffend dann doch nicht sind. Aber Ihre Äußerung lautet immer, dass Bildung bei Ihnen oberste Priorität hat. Man muss dann doch auch einmal an dieser Stelle erwähnen, dass es die schwarz-gelbe Regierung in der Regierungszeit von 2005 bis 2010 gewesen ist, die 8.124 Stellen geschaffen hat. Sie, Rot-Grün, haben inklusive des Entwurfs 2015 seit 2012 aber 4.183 Lehrerstellen gestrichen.

Selbst wenn man die 300 Stellen für die Flüchtlingskinder mit berechnet, sieht die Bilanz für Rot-Grün nicht gut aus.

(Beifall von der FDP)

Es ist richtig, natürlich müssen wir über die einzelnen Stellen sprechen. Doch es ist immer die Frage, wie man generell den Begriff „Priorität“ definiert. Dass es Verschiebungen im Personalhaushalt gibt, das ist normal. Aber die entscheidende Frage lautet: Zu wessen Lasten streichen Sie die? Und wo fließen die Ressourcen letztendlich hin?

Sie wollen die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler stärken und das Schulsystem leistungsfähiger und gerechter machen. Aber dieser Haushalt zeigt auch unmissverständlich, dass Sie eben nicht die Ministerin für alle Schülerinnen und Schüler hier in Nordrhein-Westfalen sind. Ich würde gerne einige Beispiele dazu aufzählen.

Als erstes Beispiel möchte ich die Berufskollegs nennen. Um Ihre Präventionspolitik, von der wir gar nicht so genau wissen, was sie denn alles beinhaltet,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

in irgendeiner Form zu unterfüttern, streichen Sie 500 Lehrerstellen an den Berufskollegs. Auch die 229 Stellen in diesem Haushalt treffen genau die Jugendlichen mit schwierigen sozialen Ausgangsla-

gen. Dort zerschlagen Sie mit dieser Stellenstreichung schlichtweg Zukunftschancen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein weiterer Punkt sind die Gymnasien. Sie wissen, die Gymnasien befinden sich nach wie vor in einem schwierigen Fahrwasser. Aber auch hier streichen Sie die letzten noch verbliebenen 500 Stellen nach dem doppelten Abiturjahrgang, und auch hier wird die von Ihnen immer wieder eingeforderte Chance bzw. das immer wieder eingeforderte individuelle Fördern mutwillig verspielt.

Eine weitere Schulform ist die Realschule, ein Stiefkind in Nordrhein-Westfalen. Das Wissen darüber, dass es eine gezielte Schlechterstellung der Realschulen gibt, ist wohl inzwischen Allgemeingut geworden. Darüber kann auch die Absenkung des Richtwerts nicht hinwegtäuschen. Diese rund 260.000 Schülerinnen und Schüler und 20.000 Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen stehen bei Ihnen, Frau Ministerin – so muss ich das leider sagen –, ganz weit hinten auf der To-do-Liste. Man kann sich auch nicht des Eindrucks erwehren, dass es Ihnen oder Rot-Grün nicht ganz unlieb ist, wenn möglichst viele Realschulen in Nordrhein-Westfalen geschlossen werden,

(Zurufe von der SPD: Ah!)

mitunter auch mit Tricks, gerade wenn es um stark frequentierte, von den Eltern gewünschte Realschulen geht. Das wirft ein sehr spezielles Licht auf das Verständnis von Elternwillen, wie er von Ihnen gesehen wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine ebenfalls vergessene Schulform in Nordrhein-Westfalen sind die Hauptschulen. Ich habe das bereits im letzten Jahr gefragt und frage das dieses Jahr wieder: Auch wenn die Hauptschulen sukzessive in Sekundar- und Gesamtschulen umgewandelt werden bzw. in diese aufgehen, was tun Sie eigentlich konkret für die 120.000 Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Nordrhein-Westfalen? Wo ist der Einsatz von Rot-Grün für diese Kinder und Jugendlichen? Neue Initiativen sind hier nicht erkennbar. Gerechtes Handeln für alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen sieht für mich und meine Fraktion für anders aus.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein letztes Beispiel: Inklusion. Es ist schon ein Skandal, dass die Inklusion, der Inklusionsprozess bei Rot-Grün mit einer Verschlechterung der Förderbedingungen einhergeht. Sie haben für einige Förderschwerpunkte die Schüler-Lehrer-Relation erhöht, weil Ihnen für Ihr überstürztes Tempo schlicht und ergreifend das Personal vor Ort fehlt.

Auf unsere Frage zum Haushalt wird erklärt, dass dadurch bei der Stellenzuweisung an die Förderschulen mal eben eine Abweichung um 291 Stellen

entsteht. Ferner wird erklärt, es gibt für den Bereich emotionale und soziale Entwicklung eine Abweichung in Höhe von landesweit 622 Stellen. Aber die Schulaufsicht könnte die Stellen schon angemessen aufgrund örtlicher Gegebenheiten zuweisen.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, liebe Frau Ministerin, gehen Sie mal in die Förderschulen! Hören Sie sich an, was dort die Kolleginnen und Kollegen sagen! Hören Sie sich an, was die Schulleitungen dort berichten! Es brennt lichterloh. Dort brechen ganze Teile des Kollegiums weg, und die Klassenstärken steigen massiv an. Ich denke nicht, dass das im Sinne des Erfinders, im Sinne der Inklusion, die wir hier alle wollen, richtig sein kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine der entscheidenden Fragen beim Thema Haushalt lautet: Wo gehen denn die Ressourcen hin? Was passiert eigentlich mit den Geldern? Eine Vielzahl von Lehrerstellen wird – das ist unsere Überzeugung – für politisch motivierte Modellversuche verwandt. Ich möchte Ihnen einige Zahlen nennen:

Für zusätzliche Privilegien bei früher zwölf, mittlerweile zehn Gemeinschaftsschulen werden – bei vergleichbar angesetzten Parametern im Verhältnis zur Realschule bezüglich der Klassengrößen – sage und schreibe 57 Stellen extra bereitgestellt. Dazu kommen zum Beispiel noch weitere 40 Stellen im Bereich der Unterrichtsverpflichtung oder sechs Stellen Differenzierungszuschlag.

Für theoretisch 15 PRIMUS-Schulen – wir haben gerade erst fünf – werden im Grundschulbereich neun zusätzliche Stellen verankert, in der Sekundarstufe I im Vergleich zu einer Gesamtschule schon 40 zusätzliche Stellen. Dazu kommen noch acht Stellen Versuchszuschlag und so weiter, und so fort.

Ich frage Sie: Was hat das noch mit Fairness zu tun, wenn für rund ein Dutzend Schulen fast 200 Stellen on top in den Haushalt eingestellt werden? – Meine Damen und Herren, ich könnte diese Liste noch fortführen. Da mir nicht mehr viel Zeit bleibt, höre ich hier auf.

Liebe Frau Beer, ich habe Sie am Anfang angesprochen und beziehe mich auf Sie noch mal zum Schluss. Huldigung erhält der, der Huldigung verdient hat. Dieser Einzelplan verdient sie nicht. Deshalb wird er von uns abgelehnt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da kann ich gleich wunderbar anschließen. Frau Kollegin Gebauer, ich finde es schon ein bisschen bedauerlich, dass Sie zum Beispiel bei der Frage der Form von Stellen Anrechnungsstunden nicht von normalen Lehrerstellen unterscheiden und viele andere Dinge einfach so kundtun, ohne damit die Tiefe im Haushalt darzustellen. Aber darauf komme ich bei den Ausführungen gleich genauer zurück.

Ich bin Anfang der Woche wieder mal durch Ihre Kollegen angenehm berührt gewesen. Da haben sich nämlich zwei Sekundärtugendbolde zu Wort gemeldet, Kollege Witzel und Kollege Wüst, beide jetzt nicht mehr hier, um zuzuhören. Sie haben gefordert, in der Schule und überhaupt sollten mehr Sekundärtugenden aufgerufen werden. Sie wissen alle, dazu gehören Bescheidenheit, Fleiß, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Ordnungssinn und Genauigkeit.

Da habe ich mich gefragt, was gerade die beiden Herren, die in der schwarz-gelben Regierungszeit von 2005 bis 2010 Verantwortung gehabt haben, zusammen mit Herrn Laschet, mit Herrn Lindner und anderen, für Beiträge in Sachen Wahrheit, Aufrichtigkeit, Genauigkeit und Zuverlässigkeit hier geleistet haben – gerade in Bezug auf die Haushaltszahlen im Schulbereich.

Dazu will ich ausführen. Wie war das? Vor der Öffentlichkeit verborgen wurden Stellen, die für individuelle Förderung und Brennpunktschulen vorgesehen waren, für die Grundversorgung genutzt, um Haushaltslöcher zu stopfen und zu kaschieren. Wissen das eigentlich alle Beteiligten noch? Das waren allein 1.000 Stellen, die im Haushalt nicht mit Geld hinterlegt waren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das waren 188 Stellen, die dem gemeinsamen Unterricht nicht zugutegekommen sind. Das waren die 250 Referendare, die noch vor der Tür gestanden hätten, wenn es nicht den Regierungswechsel gegeben hätte. Das war das Geld von der Bundesebene – Kita –, was hier im Haushalt verbucht, aber nicht an die Träger weitergeleitet worden ist.

So viel zum Thema „Wahrheit, Zuverlässigkeit und Haushaltsklarheit“!

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist ein Hohn, wenn die Verantwortlichen der schwarz-gelben Regierung dann hier verantwortlich über Haushaltspolitik schwadronieren wollen.

Die Absetzungsstellen, sehr geehrte Frau Kollegin Gebauer, sind genau die Weiterführung aus den Haushaltszeiten von Schwarz-Gelb. Dann hier so eine Verschwiemelumg hinzukriegen und zu postulieren, jetzt würden den Schulen Lehrerstellen entzogen, ist auch eine Leistung, hier wieder falsche

Rede zu führen. Diese Scheinheiligkeit, die an verschiedenen Stellen in der Haushaltsdebatte auftaucht, sollten wir uns doch alle zusammen verkneifen.

Herr Optendrenk hat ja zu der Zeit im Finanzministerium gesessen. War das eigentlich das Tal der Ahnungslosen? Haben die mit der Sache gar nichts zu tun gehabt, was diese Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit angeht?

Ich will daran erinnern, dass wir 2011 die Kraftanstrengung gemacht haben, über 2.000 Stellen in den Schulhaushalt hineinzubringen, um genau diese schwarz-gelben Haushaltslöcher zu stopfen und das zu kompensieren. Das ist das Erste gewesen.

Das Zweite ist, dass wir zuverlässig in der Tat 9.500 Stellen – die Demografie; ich erinnere an die Kleine Anfrage von Herrn Weisbrich damals – jetzt ganz genau so eingehalten haben und bis 2015 auch verausgaben. Das kann jeder in den Plänen nachlesen.

Das ist die Leistung von Rot-Grün. Das ist Zuverlässigkeit. Das ist wahrhaftig, was wir da gemacht haben, und es ist transparent. Es gibt keine schwarzen Löcher mehr im Haushalt im Bereich des Einzelplans 05. Das haben wir auf den Weg gebracht.

Wir haben also keine Phantomstellen mehr, sondern jetzt sind die Menschen da, wo sie hingehören, nämlich in der Schule.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu diesen 9.500 Stellen und den weiteren Effekten gehört auch, Frau Kollegin Gebauer: Die Stellen sind doch nicht weggefallen. Wir haben 500 in das Übergangssystem Schule und Beruf gegeben. Wir haben Stellen hineingegeben, weil wir die zu frühe Einschulung gestoppt haben und weil die Kinder nicht zwangsweise mit fünf Jahren in die Grundschule gebracht werden sollten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch das ist in diesem Land begrüßt worden. Da haben wir investiert.

Noch eine kleine Erinnerung: Der wunderbare Haushaltsantrag 2011 der CDU, 2.000 Lehrerstellen gleich wieder zu streichen, korrespondiert ja dann auch noch damit, dass Sie schon 10.000 Stellen aus der mittelfristigen Finanzplanung herausgestrichen hatten. Und dann schwingen Sie sich hier auf, auch der Kollege Kaiser – aber dessen Sekundärtugenden sind in Ordnung, denn er hat sich entschuldigt, weil er eine Besuchergruppe hat. Auch da war es so, dass diese Stellen gefehlt hätten.

Dann sagen Sie jetzt hier, im Bildungsmonitor hängen wir aber ganz weit unten. Wo wären wir denn, wenn diese 2.000 Stellen nicht nachfinanziert worden wären und dann die 10.000 Stellen aus der mittelfristigen Finanzplanung nicht zum Zuge gekommen wären? Wo wären wir dann?

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann wären wir absolut im Keller.

Also: Keine Schönrechnerei, sondern Klarlegen dessen, was wir gemacht haben und was wir kontinuierlich weiterführen!

Wir haben die versprochene Absenkung der Klassenfrequenzrichtwerte nicht nur im Grundschulbereich gemacht. Da sind wir jetzt tatsächlich in diesem Aufbaujahr schon bei dem Wert von 22,5. Das ist genau die Vereinbarung im Schulkonsens. Auf der Strecke sind jetzt schon 1.700 Stellen zusätzlich in die Grundschule gekommen. Wollen Sie das eigentlich negieren? Haben Sie die Augen geschlossen? Haben Sie in der ganzen Zeit die Ohren verschlossen? Das ist auf dem Papier. Das ist in den Schulen.

Wir haben schon eine Schüler-Lehrer-Relation unter 22. Das ist eine Leistung, die wir erbracht haben. Wir haben das Ganze jetzt auch so hingekriegt, dass viel mehr kleine Grundschulen im Land auch Bestand haben. Darüber sind Eltern und Kinder froh.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das machen wir jetzt nicht nur im Bereich der weiterführenden Schulen auch so weiter. Wir haben auch die Schulleitungsentlastung weitergeführt. Wir haben die Stellen im Bereich Inklusion weitergeführt.

Das finde ich wirklich auch empörend. Schwarz-Gelb hat nichts gemacht zum Thema „Ausbildung von Sonderpädagogen“, hat nichts gemacht zum Thema „Fortbildung“. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 gültig. Auch in der Vorbereitung ist nichts passiert.

Wir haben in die Studienplätze investiert. Wir haben ein Ausbildungssystem auf den Weg gebracht. Bei Ihnen ist das eine Schwarze-Null-Nummer gewesen. Das muss man doch deutlich sagen. Also, jetzt zu sagen, da passiert nichts, ist falsch. Ich erinnere daran: Über eine Milliarde € geht bis 2017 in diesen Bereich hinein. Dann zu sagen, das sei unterfinanziert und wir würden uns da nicht anstrengen, ist wirklich schon eine dreiste Behauptung.

Ich will ganz zum Schluss noch darauf hinweisen, was mir jetzt wirklich auch noch wichtig ist, dass wir für den Bereich der offenen Ganztagschule hier auch investieren, dass wir die Flüchtlingsaufnahmen unterstützen und für die Integration sorgen, damit jedes Kind hier so schnell wie möglich Deutsch lernt. Das ist den Eltern wichtig, die hier angekommen sind, um das Schreckliche zu vergessen und eine neue Heimat zu finden. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am „Tag der Erinnerung“ kann ich hier leider nicht teilnehmen. Das bringt uns auch nicht nach vorne.

Zunächst möchte ich etwas zum Haushaltsverfahren als solches sagen. Das ist schon sehr merkwürdig. Wir haben im Schulausschuss unsere Anträge auf den Tisch gelegt. Andere Anträge? – Fehlanzeige. Das finde ich total untransparent. Ich weiß nicht, warum wir hier nicht über Anträge diskutieren können, sondern warum die in die dritte Lesung kommen und dann einfach abgestimmt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

So etwas Geheimnisvolles kann das doch nicht sein.

Die Probleme bei der Schulsozialarbeit und im offenen Ganztags waren ja hinlänglich bekannt. Hier wurde auf unhaltbare Zustände hin geplant. Nun wird offensichtlich in letzter Sekunde dem Patienten mit so einer Wunde so ein kleines Pflaster aufgeklebt. Aber Hansaplast, meine Damen und Herren, wird unsere Probleme hier nicht lösen.

Frau Hendricks, Sie haben viel über Zahlen geredet, Frau Beer, Sie auch. Ich glaube, Zahlen miteinander zu jonglieren und zu vergleichen, das wird die Bildungsqualität nicht automatisch verbessern. Der Ausbau der schulischen Inklusion ist eine zentrale Herausforderung für alle Schulen im Land, für die Landesregierung, für uns alle. Ich glaube, alle Schulen engagieren sich da ganz enorm, und wir sind uns in dieser Sache einig, dass wir das tatkräftig unterstützen müssen.

Doch die Rahmenbedingungen stimmen einfach nicht. Frau Hendricks, Sie erwähnten das gerade. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen, die jetzt an einer Regelschule unterrichtet werden, sagt meiner Meinung nach überhaupt nichts über den Stand der Inklusion aus. Die sagt nur: Die Schüler sind jetzt in dieser Schule. Nicht mehr und nicht weniger.

Obwohl eine zusätzliche personelle Ausstattung auch für die sonderpädagogische Förderung bei Lern- und Entwicklungsstörungen vorgesehen ist, nämlich 9.230 Stellen im Stellenbudget, reicht das offensichtlich nicht aus. Es kommen einfach nicht genug Sonderpädagogen an die allgemeine Schule, und wenn, dann auch nicht unbedingt an die Schulen, an denen sie am dringendsten gebraucht werden. So steigen Schulen ohne die notwendige Unterstützung in die Inklusion ein.

In Bochum gibt es 42 Grundschulen, von denen an 29 jeweils ein Sonderpädagoge, wenn überhaupt, eine Halbtagsstelle hat. Das heißt, an 13 Schulen ist niemand unterstützend tätig. – Da man dieses Prob-

lem nicht lösen kann, wird durch die Schulaufsichtsbehörde die notwendige zusätzliche personelle Ausstattung offensichtlich einfach wegdefiniert.

Frau Gebauer, Sie hatten veröffentlicht, was in Köln passiert ist. Die Bezirksregierung Köln stellt in einem Rundschreiben an die Schulträger fest, dass in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie Emotionale und Soziale Entwicklung eine zusätzliche sächliche oder personelle Ausstattung in der Regel gar nicht vonnöten sei. So kann keine angemessene Förderung aller Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn ich dann höre, dass Sonderpädagoginnen in der Inklusion als willkommene Vertretungsreserve missbraucht werden, dass Eltern den Platz an einer Förderschule einklagen müssen, dass gerade Grundschulkolleginnen und -kollegen nicht mehr wissen, wie sie allen Kindern gerecht werden können, da es keine Unterstützung an der Schule gibt, dann, Frau Löhrmann, sehe ich schwarz, und dann, Frau Löhrmann, sind Sie dafür verantwortlich. Mit klar definierten Rahmenbedingungen und einer Aufgabenbeschreibung der Sonderpädagogen in der Inklusion hätte nicht alles, aber vieles vermieden werden können.

Natürlich haben wir uns Gedanken gemacht, wo wir dringenden Handlungsbedarf sehen, und entsprechende Änderungsanträge gestellt. Ahlen, Bielefeld, Bonn, Duisburg, Düren, Herzogenrath, Köln, Kreis Lippe, Siegburg – das sind nur einige Kommunen, aus denen wir die Nachricht erhalten haben, dass im offenen Ganztags wirklich Land unter ist. Die Eltern sorgen sich um die Betreuungszeiten und die Qualität der Angebote. Träger suchen händeringend qualifiziertes Personal und sorgen sich um einen wirtschaftlichen Betrieb. Kämmerer sehen sich gezwungen, Elternbeiträge zu erhöhen.

Letzte Woche kündigte das Schulministerium an, die Landesförderung für den offenen Ganztags zu erhöhen. Ein entsprechender Haushaltsänderungsantrag liegt heute leider noch nicht vor. Wir haben aus der Presse erfahren, dass es 2015 ein Plus von 3 % und ab 2016 ein jährliches Plus von 1,5 % geben soll. Das begrüßen wir ausdrücklich. Das wird allerdings nicht ausreichen, um die steigenden Kosten der Träger aufzufangen.

Allein um die letzte Tarifierhöhung der Erzieherinnen und Erzieher umzusetzen, bräuchte es 95 € pro Platz und Jahr mehr; und die nächste Tarifrunde steht bereits vor der Tür. Das heißt, die offene Ganztagschule in NRW braucht ein neues Fundament. Wir müssen Wege finden, die pädagogische Qualität des offenen Ganztags zu stärken und ihren Ausbau bedarfsgerecht weiterzuführen. Dabei müssen Inklusion und Integration berücksichtigt werden. Die offene Ganztagschule ist ein wichtiger Förderort für alle Kinder. Deshalb haben wir den vorlie-

genden Antrag gestellt. Wir möchten in einer Anhörung gerne diese Problematik in allen Facetten beleuchten.

Liebe Frau Gebauer, die Idee des beitragsfreien offenen Ganztags ist gar nicht unsere ureigene. Es ist eine Empfehlung der Bildungskonferenz, die gesagt hat, dass eigentlich das Land und nicht die Kommunen für den offenen Ganzttag verantwortlich sein sollen.

(Beifall von den PIRATEN – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Darüber kann man ja reden, aber das ist nun einmal Gesetzeslage seit zehn Jahren!)

Auch zur Sicherung der schulischen Angebote für Zuwanderer, insbesondere in Vorbereitungsklassen, haben Sie Nachbesserungen angekündigt. Hierzu sollen – das wissen wir auch aus der Presse – 300 Lehrerstellen geschaffen werden. Diese Maßnahme ist richtig und findet ausdrücklich unsere Unterstützung – auch das hat Frau Gebauer bereits gesagt –, insbesondere, und das ist ganz wichtig, wenn eine Regelung gefunden wird, die es dann auch ermöglicht, die Lehrkräfte zeitnah und schnell an die entsprechenden Schulen zu bringen und wirklich dafür Sorge zu tragen, dass es zu keiner Zeitverzögerung kommt.

Wir haben uns in den letzten Monaten hier im Landtag außerdem intensiv mit Digitalisierung und Bildung beschäftigt. Meine Damen und Herren, es erschreckt mich schon, dass keiner von Ihnen dieses Thema gerade in irgendeiner Form erwähnt hat.

(Beifall von den PIRATEN)

Das zeigt – und das finde ich beschämend –, welchen Stellenwert dieses Thema in der Bildung in NRW hat.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich schätze die Situation der Schulen aktuell wie folgt ein: Jahrelang wurden in Einzelinitiativen Leuchttürme gebaut. Jetzt entstehen kleine Inseln um die Leuchttürme herum, aber eine Strategie, um landesweit ein Mindestmaß an technischer Ausstattung an den Schulen zu gewährleisten, erkenne ich nicht.

Auch bei Angeboten wie dem Medienpass wird darauf gesetzt, dass die Schulen diese schon irgendwie umsetzen werden, ganz nach dem Motto: Das wird schon gut gehen. – Ich bin sehr gespannt auf die Auswertung im nächsten Jahr, wenn wir erfahren werden, wie erfolgreich der Medienpass an den Schulen und vor allen Dingen in der Sekundarstufe I ist.

Die ICILS-Studie stellt fest, dass in keinem anderen Teilnehmerland Computer im Unterricht seltener eingesetzt werden als in Deutschland. Vor diesem Hintergrund sind Zweifel berechtigt, dass auf diese Weise allen Schülerinnen und Schülern in erforder-

lichem Maße Medienkompetenz vermittelt werden kann.

Deshalb fordern wir, jetzt die Beratung der Schulen und die Lehrerfortbildung für den Unterricht mit Medien zu stärken. Dafür soll jedem Kompetenzteam, von denen wir in NRW 53 haben, eine weitere halbe Lehrerstelle zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus fordern wir, jetzt in die Förderung von Lernmitteln unter freien Lizenzen einzusteigen. Diese können Schulträger entlasten und Investitionen freimachen, die in die schulische IT-Infrastruktur gesteckt werden könnten. Vor allem aber sind sie flexibel und rechtssicher im Unterricht einsetzbar und können auf diese Weise individuelle Förderung und Inklusion tatsächlich wirksam unterstützen.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Das Potenzial von OER wird mehr und mehr erkannt. Deshalb stellt der Bund im Haushalt für das nächste Jahr 2 Millionen € zur Verfügung, um diese zu fördern. Ich glaube, es würde uns gut anstehen, wenn wir hier nicht zurückstehen, sondern mitmachen würden.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn wir sind überzeugt, dass diese Vorteile nicht nur bei zusätzlichen Lernmaterialien genutzt werden sollten. Es müssen auch Lernmittel unter freier Lizenz bereitstehen, die einen längeren Unterrichtszeitraum strukturieren, wie zum Beispiel ein Schulbuch.

Wir stehen vor großen Herausforderungen im Bildungsbereich. Die Digitalisierung muss klug gestaltet werden, um Schule und Unterricht zu modernisieren. Die schulische Inklusion muss besser ausgestattet werden. Insgesamt muss noch viel mehr getan werden, um unsere Schulen in die Lage zu versetzen, wirklich allen Kindern gerecht zu werden. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf im Bereich Schule zeigt eines ganz deutlich: SPD und Grüne halten Wort bei ihrer Priorität für Bildung. Wir sind auf dem Weg, machen unser Schulsystem zukunftsfest und stellen die Weichen auch bei schwierigen Herausforderungen richtig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sichern umfassende schulische Angebote in Zeiten des demografischen Wandels. Der Elternwil-

le, der Bedarf und die kommunalen Schulträger entscheiden, welche Schulen es vor Ort gibt. Das ist das große Ergebnis des Schulkonsenses, und ich zeige diese Karte immer wieder gerne.

(Die Rednerin hält eine Landkarte von Nordrhein-Westfalen in die Höhe.)

Das ist die schulpolitische Landkarte von Nordrhein-Westfalen. Diese Schulen sind ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und zu wohnortnaher, umfassender Schulversorgung. Die Schulen sind von schwarzen, roten und grünen Bürgermeistern gewollt. Das ist eine wunderbare Entwicklung für Stadt und Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ideologie ist passé. Pragmatismus ist hier in Nordrhein-Westfalen das Markenzeichen unserer Schulpolitik, ebenso wie Partizipation und größtmöglicher Konsens.

Was die Inklusion angeht, so habe ich immer gesagt, dass sie kein Schnellschuss ist. Vielmehr ist sie eine anspruchsvolle Bergwanderung, und insofern muss man immer wieder Zwischenfazits ziehen. Nein, Inklusion ist kein Kinderspiel, aber Inklusion ist ein Kinderrecht.

(Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

Und wir wollen, dass dieses Kinderrecht umgesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Denn wir sind davon überzeugt, dass das gemeinsame Lernen ein Gewinn für alle Kinder ist.

Ich bin dem Landesbeauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Herrn Killewald, sehr dankbar dafür, dass er Folgendes zitiert hat – es stammt nicht von mir –:

„Auf der Herbsttagung der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern im November sei NRW hervorgehoben worden als das Land, das beispielhaft zeige, wie gemeinsamer Unterricht geht.

„Das Institut für Menschenrechte, das die Bundesregierung bei der Umsetzung der UN-Konvention begleitet, hat NRW als eines der wenigen Bundesländer gelobt, die die strukturelle Frage der Inklusion in der Schule angehen“, sagte er.“

Ich will es noch einmal sagen: Wir haben einen Rechtsanspruch geschaffen. Wir haben Ausbildungskapazitäten in den Universitäten ausgebaut. Wir haben eine Weiterbildungsmaßnahme zur Gewinnung von mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen aufgelegt. Wir haben eine umfassende Fortbildungsinitiative auf den Weg gebracht. Wir schaffen zusätzliche Stellen. Und wir unterstützen die Kommunen bei dieser anspruchsvollen Bergwanderung.

Jetzt zu erwarten, dass schon alles überall 100%ig funktioniert, wäre eine Illusion, und das weiß auch jeder. Aber die Weichen sind in Nordrhein-Westfalen für diese schwierige Aufgabe richtig gestellt, und das wird uns auch bescheinigt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einen anderen Beleg nennen. Heute finden Sie in der „Rheinischen Post“ ein Interview mit der Leiterin der Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit in Nordrhein-Westfalen, Christiane Schönefeld. Der Journalist fragt:

„In den NRW-Schulen ist die Inklusion auf dem besten Wege, Normalität zu werden. Ab wann versprechen Sie sich von dieser Entwicklung die ersten Erfolge für den Arbeitsmarkt?“

Frau Schönefeld antwortet:

„Solche Veränderungsprozesse brauchen mindestens zehn Jahre. Behinderung war in Deutschland jahrelang aus dem gesellschaftlichen Bild verschwunden. Dass sich das nun umkehrt, ist eine gute Entwicklung. Befeuert wird dies in den kommenden Jahren wohl auch vom steigenden Bedarf an Fachkräften.“

Das zeigt: Inklusion ist gut für die Kinder und Jugendlichen, aber Inklusion ist eben auch gut für die gesamte Gesellschaft. Das ist die Philosophie von SPD und Grünen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Daniel Schwerd [PIRATEN]: Von uns allen anderen auch!)

Wir haben auch bei einem weiteren Punkt Wort gehalten, und das ist eine große Leistung, für die ich dem Finanzminister und der Koalition jeden Tag mindestens ein Mal dankbar bin. 9.500 Stellen bleiben zusätzlich im System zur systematischen Verbesserung der Lernbedingungen in unseren Schulen. 9.500 Stellen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese werden systematisch für Verbesserungen in den Schulen genutzt.

Die Grundschulen sind genannt. Wir wissen, dass es auf den Anfang ankommt. Die Kinder zehren ihr ganzes Bildungsleben von dem, was am Anfang investiert wird.

Wir senken die Klassenfrequenzrichtlinien in der Sekundarstufe I der Realschulen, der Gymnasien und der Gesamtschulen, meine Damen und Herren. Auch das wird finanziert.

Wir schaffen 400 Stellen für die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens. Ja, auch das investieren wir in die Schulen, weil sie von den Eltern und von den Kommunen gewollt sind.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben doch die schwarz-gelbe Blockade gelöst, was die Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen angeht.

Wir investieren in die Leitungszeit. Inzwischen stehen über 1.200 Stellen für den Ausbau der Leitungszeit zur Verfügung, weil wir wissen, dass es auf den Schulleiter bzw. die Schulleiterin ankommt. Es gibt keine gute Schule ohne eine gute Schulleitung. Deswegen ist es gut investiertes Geld in die Innovation, in die Umsetzung der schulpolitischen Vorhaben.

Wir schaffen 70 Stellen für den Ausbildungskonsens und 50 Stellen für den islamischen Religionsunterricht. Auch das will ich noch einmal sagen: NRW ist das erste Bundesland, das das umgesetzt hat. Selbstverständlich ist das ein Beitrag zur Religionsfreiheit, aber das ist auch ein Beitrag zur Integration in unserem Land. Wir wollen schließlich deutlich machen: Ihr gehört dazu. Ihr habt ein Recht auf euren Religionsunterricht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Gebauer, es war wirklich unredlich, wie Sie hier die Stellen dargestellt haben. Sie wissen das ganz genau, und Sie wissen das besser. Die Stellenabsetzungen sind Umsetzungen von Entscheidungen von vier Landesregierungen. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit der Verschlechterung der Rahmenbedingungen an unseren Schulen zu tun. Das möchte ich hier noch einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Stellenzuweisungen erfolgen seit Jahren nach identischen Parametern, daran hat sich nichts geändert. Insofern werden keine Schulformen benachteiligt. Und die vorgenommenen Verbesserungen folgen eins zu eins der Umsetzung des Schulkonsenses.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass es gelungen ist, eine Lösung zur Fortsetzung der Sozialarbeit an Schulen zu finden. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Die Schulsozialarbeit stärkt die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule und trägt maßgeblich zur Armutsbekämpfung, Gewaltprävention und Integration bei.

Ich möchte eines jetzt noch einmal an Herrn Optendrenk – Herr Kaiser ist entschuldigt; das ist in Ordnung – richten: Ja, wir sehen den Bund in der Pflicht, diese Sozialarbeit zu finanzieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und um der Legendenbildung vorzubeugen: In welchem Haushalt hat das denn auf Bundesebene gestanden, meine Damen und Herren? – Nicht im Haushalt von Frau Schavan! Nicht im Haushalt von Frau Wanka! Es hat im Haushalt von Frau von der Leyen gestanden. Damit haben Sie doch selbst als

schwarz-gelbe Bundesregierung entschieden, dass es keine schulische, sondern eine sozialpolitische Aufgabe ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das muss hier doch noch mal klargestellt werden! Und jetzt versuchen Sie, uns das in die Schuhe zu schieben.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme noch kurz zum Antrag der Piratenfraktion, was die pädagogische Qualität der offenen Ganztagschule angeht. Auch beim Ganztagsausbau stehen wir im bundesweiten Vergleich mit unseren Schulen gut da. Wir haben Plätze für fast 40 % aller Kinder im Grundschulalter, und der Ausbau der Platzzahlen steht schon im Haushaltsentwurf.

Die offene Ganztagschule ist ein Erfolgsmodell. Sie kann auf eine beeindruckende und dynamische Entwicklung zurückblicken. Die Ganztagschule hat das Gesicht der Schule in unserer Gesellschaft nachhaltig verändert. Unsere Ganztagschulen sind zu einem Lern- und Lebensort mit vielfältigen Bildungsmöglichkeiten geworden, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Milieus. Sie trägt zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei und leistet einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

Frau Gebauer, weil auch Sie das wieder angemahnt haben: Wer hat denn seinerzeit erstmals die Sätze erhöht? Das war doch auch die rot-grüne Landesregierung, die 2011 mit der Erhöhung um 14 % endlich das nachgeholt hat, was Schwarz-Gelb veräußert hatte. Wir haben auch hier mächtig investiert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich begrüße sehr – Herr Börschel hat es heute Morgen auch schon angesprochen –, dass sich die Koalitionsfraktionen mit den kommunalen Spitzenverbänden darauf verständigt haben, die Sätze anzuheben und das Ganze zu dynamisieren, damit die Träger nicht jedes Jahr erneut vor schwierigen Entscheidungen stehen. Das alles sind Zukunftsinvestitionen, die wir begrüßen und die im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen sind.

Ich möchte kurz noch zwei Sätze zur Weiterbildung sagen. Auch in der Weiterbildung hält die Koalition Wort. Wir haben auch hier Kürzungen zurückgenommen und legen so das Fundament für einen wichtigen Bereich; denn wir brauchen jeden Menschen und können es uns nicht leisten, die Potenziale der Menschen nicht zu nutzen.

In diesem Jahr haben wir es geschafft, ein Tabu anzugehen, nämlich Menschen zusätzlich zu bilden, die noch nicht richtig lesen und schreiben können. Es ist gut, dass wir das gemacht haben. Auch dieser Weg wird breit getragen in den Regionen Nordrhein-Westfalens. Ich hoffe, dass Sie die Landesre-

gierung auf diesem Weg unterstützen; zumindest haben Sie das in einem interfraktionellen Antrag getan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Zentis das Wort.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz zum Bereich der Weiterbildung Stellung nehmen – ein Bereich, den die Opposition hier vollkommen ausgelassen hat.

Die gute Botschaft ist: Es wird nichts gekürzt, trotz des enormen Drucks, im Gesamthaushalt sparen zu müssen. Das heißt, der Landeshaushalt kommt weiterhin seinen Aufgaben aus dem Weiterbildungsgesetz nach und fördert so ein System des lebenslangen und des lebensbegleitenden Lernens.

Dieses System ist aufgeteilt in unterschiedliche Einrichtungen mit unterschiedlichen Trägern. Weiterbildungseinrichtungen sind die Volkshochschulen der Kommunen ebenso wie die kirchlichen Einrichtungen und die Einrichtungen der freien Träger. Mit verschiedenen Angeboten, einer breiten Palette von Bildungsangeboten in Kursen, Workshops und Informationsveranstaltungen wird die Möglichkeit des lebenslangen Lernens in allen Kommunen unseres Landes sichergestellt.

Jeder, der bei dem Begriff „Weiterbildung“ noch die Assoziation von Schule vor Augen hat, liegt hier falsch. Kreative, innovative Ideen werden immer wieder entwickelt und umgesetzt. Die Mittel werden von den in der Weiterbildung tätigen Lehrenden unseres Landes verantwortungsbewusst eingesetzt. Dafür gebührt ihnen Anerkennung und Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Beispiele dafür wurden uns in der letzten Woche hier im Plenarsaal im Rahmen der Weiterbildungskonferenz vorgestellt. Aus dem Etat der Weiterbildung stehen insgesamt noch 257.000 € für innovative Projekte zur Verfügung.

Weiterbildung leistet aber auch mit dem zweiten Bildungsweg, also dem Angebot zum Nachholen von Schulabschlüssen, einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit im Bildungswesen. Daneben werden auch Mittel aus dem Kapitel „Bildungsforschung und Bildungsplanung“ für die Entwicklung eines Berichtswesens, eines Nachweisverfahrens über die Leistungsfähigkeit der Weiterbildung, für Unterstützungsleistungen der Supportstelle Weiterbildung in der QUA-LiS sowie zur Stärkung der Grundbildung zur Verfügung gestellt.

Auf der angesprochenen Weiterbildungskonferenz wurde einhellig begrüßt, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE): ... dass der Konsens beim Berichtswesen erreicht werden konnte.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Als eine besondere Leistung dieser rot-grünen Regierung möchte ich hervorheben, dass es trotz der Kürzung der Mittel im ESF-Fonds gelungen ist, die Mittel für Alphabetisierung und Grundbildung in Höhe von 5 Millionen € weiter zur Verfügung zu stellen. Das breite Bündnis für Analphabetismus zeigt sich als ein Erfolg; ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE): ... mit 18 Regionalstellen wird es zu einer Erfolgsgeschichte des Landes. Daran wollen wir weiterarbeiten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 05.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den Einzelplan 05. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wer möchte sich dem anschließen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Piraten, die CDU und die FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7408. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags 16/7408 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so verfahren.

Bevor ich den Einzelplan 06 aufrufe, kommen wir zurück zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Die Abstimmung darüber haben wir vorhin wegen der Mittagszeit ausgesetzt. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dem zu-